



Umfrage: Österreicher gegen Einführung einer Vermögenszuwachssteuer

29.04.2008

Laut einer aktuellen und repräsentativen Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts GfK Austria sind mit 67 Prozent eine klare Mehrheit der Österreicher gegen die Einführung der geplanten Vermögenszuwachssteuer. Die Sparkassen fühlen sich in ihrer Ablehnung gestärkt und stellen sich nun geschlossen vor ihre Kunden: Sie lehnen die geplante Steuer kategorisch ab. Die Erste Bank und Sparkassen fürchten vor allem um eine Kapitalflucht ins Ausland und negative Auswirkungen auf den österreichischen Finanzplatz. Das mobile Kapital in Österreich wird von der Erste Bank in Österreich auf rund 70 Milliarden Euro geschätzt.

Über zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung sind gegen die Einführung einer Vermögenszuwachssteuer. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts GfK Austria vom April 2008 unter 500 Personen. Eine besonders hohe Ablehnung ist beim heimischen Mittelstand, Personen mit geringer Schulbildung und dem ländlichen Bereich aus der Umfrage zu erkennen. 70 Prozent der Österreicher mit Grundausbildung (keine/nur Pflichtschule) sprechen sich in der telefonischen Befragung gegen die Steuer aus. Bei den Österreichern mit höherer Bildung sind es 58 Prozent. Bei den Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen bis zu EUR 1.500,- stößt die Vermögenszuwachssteuer bei 78 Prozent der Österreicher auf Ablehnung. Schaut man sich die Detailergebnisse bei den sogenannten Reichen, mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über EUR 2.901,- an, so sind 62 Prozent gegen die geplante Steuer. „Die breite Bevölkerung fühlt sich belastet“, so die Vertreter der Sparkassen am Rande des 51. Sparkassentags in Innsbruck.

„Das Kapital ist mobil und volatil“, so Elisabeth Bleyleben-Koren, designierte Generaldirektorin der Erste Bank Österreich. Sie fürchtet vor allem um eine Kapitalflucht ins Ausland und negative Auswirkung auf den österreichischen Finanzplatz. Erste Bank und Sparkassen schätzen das mobile Kapital in Österreich auf eine Summe von rund 70 Milliarden Euro. „Alleine in den vergangenen vier Monaten haben Anleger an der Wiener Börse 20 Milliarden Euro an Wert verloren (Die gesamte Marktkapitalisierung ist von 156 auf 136 Milliarden Euro gesunken). Als ordentlicher Kaufmann würde mir die Koppelung zwischen Sanierung des heimischen Gesundheitssystems und Vermögenszuwachssteuer Kopfschmerzen verursachen, so Bleyleben-Koren weiter. „Wenn, dann sollten auch die Verluste geltend gemacht werden können. Risikobereitschaft hat seinen Preis“, so Bleyleben-Koren.

Michael Ikath, Generalsekretär des Österreichischen Sparkassenverbandes dazu: „Wir bemühen uns seit Jahr und Tag um den Aufbau einer zweiten und dritten Säule für die Altersvorsorge. Zudem wollen wir die Österreicher motivieren, ihr Geld nicht nur auf das Sparbuch zu legen, sondern auch in Wertpapiere zu investieren, weil wir dabei im EU-Vergleich ohnehin im untersten Drittel rangieren. Die in den letzten Jahren erzielten Erfolge haben unseren Wirtschaftsstandort, den Börseplatz Wien und der Eigenmittelaufbringung für unsere Unternehmen extrem gut getan. Mit dieser Steuer, mit der die Aktienanleger praktisch bestraft werden sollen stellen wir das alles wieder in Frage. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an die versuchte Einführung der Spekulationsertragssteuer im Jahr 2000, die durch den Verfassungsgerichtshof gekippt wurde, da Steuerertrag und Administrationsaufwand für die Banken in keinem akzeptablen Verhältnis standen. Bei den vielen bereits jetzt diskutieren Steuerausnahmen und der Volatilität der Einnahmen als solcher bahnt sich ein vergleichbares Missverhältnis bereits wieder an. Meiner Überzeugung nach wird die Kreditwirtschaft das auch dieses Mal im Interesse ihrer Kunden nicht hinnehmen, wenn man ihr diesen enormen Verwaltungsaufwand neuerlich aufbürden will.“